

# Die Konferenz in Stockholm.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

Stockholm, 8. Juni.

## Die Besprechungen mit den Deutschen.

Gestern wurde der erste Teil der am Montag begonnenen Besprechung des holländisch-standinavischen Comité's mit den Delegierten der deutschen Mehrheit beendet.

Ueber die bisherigen Verhandlungen wurde heute eine ausführliche parteiamtliche Mitteilung gemacht, der folgendes zu entnehmen ist:

Scheidemann schilderte eingehend die Politik der deutschen Partei im Kriege und erklärte, daß die zahlreichen absprechenden Urteile, die über sie gefällt wurden, nur aus Unkenntnis dessen möglich gewesen seien, was die Partei in Wirklichkeit getan habe. An der Hand der von der Partei herausgegebenen Dokumente über die Stellung der Partei zum Kriege und zu den Friedenszielen erläuterte er, daß die Politik der Partei auch im Kriege geradlinig geblieben sei und mit ihrer Politik vor dem Kriege übereinstimme. Vor dem Kriege habe die Partei den Kampf gegen das Wettstreiten und die Vergrößerung der dem Kapitalismus innewohnenden Kriegsgefahr geführt und außerdem unermüdet für eine Verständigung mit den Nachbarvölkern gearbeitet, die jeden größeren europäischen Krieg unmöglich gemacht hätte. Die Grundursache des Krieges liege im Imperialismus. Soweit aber diplomatisches Verschulden in Frage komme, habe die deutsche Sozialdemokratie auf Grund des Altmaterials überzeugt sein müssen, daß die deutsche Regierung ernstlich bemüht gewesen sei, den Krieg zu verhüten oder wenigstens zu lokalisieren. Die Untersuchung der Schuldfrage könne nicht Aufgabe der Konferenz sein. Deren Aufgabe sei die: was kann die Internationale tun, um den Frieden so schnell als möglich herbeizuführen? Dazu sei die gegenseitige Aufklärung über das Tun in den verschiedenen Parteien natürlich notwendig. Nach Ausbruch des Krieges habe allerdings die deutsche Sozialdemokratie gemäß ihrer grundsätzlichen Stellung zur Landesverteidigung die erforderlichen Mittel bewilligt, gleichzeitig und ununterbrochen bis heute habe sie aber Versuche zur Herbeiführung des Friedens durch ihr Einwirken auf die eigene Regierung und Versuche zur Wiederannäherung der sozialistischen Internationale gemacht. Die deutsche Regierung habe auch wiederholt ihre Friedensbereitschaft ausgesprochen. Alle Annäherungsversuche gegenüber der Internationale seien aber leider erfolglos geblieben. Die deutsche Sozialdemokratie habe naturgemäß vom ersten Tage des Krieges an jede Eroberungs- und Vergewaltigungsabsicht bekämpft, sie habe ihre Pflicht gegenüber dem eigenen Volke und auch gegenüber der Internationale erfüllt. Sie wolle den Frieden und nicht die Verschmetterung ihres Landes. Und deshalb werde sie das Land verteidigen, solange die Gegner einen Frieden der Verständigung nicht wollen. Ohne die Taktik der deutschen Sozialdemokratie wäre die russische Revolution nicht gekommen, denn jede andere Taktik hätte dem Zaren den Einzug in Berlin ermöglicht. Der Sieg des Zaren hätte aber nicht bloß die Verschmetterung Deutschlands bedeutet, sondern wäre ein Schlag für ganz Europa gewesen, besonders für den Sozialismus und die Demokratie.

An die Rede Scheidemanns schloß sich eine Aussprache, in der auch die Behauptung erörtert wurde, daß die deutsche Regierung die Schuld am Kriege habe und die deutsche Sozialdemokratie mitschuldig sei. Ebert, der Obmann der Delegation, erklärte, daß die Delegation nicht beabsichtige, in eine Erörterung der Schuldfrage einzutreten, da eine Erörterung eine Förderung der Zwecke der Konferenz nicht verspreche. Sie halte fest an der Auffassung, daß in der allgemeinen Konferenz lediglich die Frage des Friedens der Gegenstand der Arbeit sein soll. Auf jeden Fall lehne sie es ab, daß sich die Konferenz den Charakter eines Tribunals beilege. Damit waren alle Teilnehmer an der Beratung einverstanden.

In der nächsten Sitzung beantwortete David die Ausführungen der früheren Redner. Er führte

aus, die Erforschung der Schuldfrage müsse von der Untersuchung der tieferliegenden wirtschaftspolitischen Ursachen ausgehen. Er schilderte die imperialistische Konkurrenz um die kolonialen Quellen von Rohmaterial, um die Absatzmärkte und um die Anlagemöglichkeiten für das Kapital. Bedrohlich seien diese Bestrebungen erst dadurch geworden, daß sich England mit Frankreich und Rußland zusammengeschlossen habe, um den neuen Konkurrenten Deutschland einzukreisen. Die Entente sei nichts als ein Weltverteilungs Syndikat. Die letzten großen Aufteilungsprojekte, die auf die Zerschlagung der Türkei und der österreichisch-ungarischen Monarchie abzielten, haben unmittelbar an den Rand des Krieges geführt. Deutschlands Politik sei auf Erhaltung beider Staatswesen gerichtet, sei also defensiv gewesen, aggressiv sei aber die andere gewesen. Das von Belgrad und Petersburg inspirierte Attentat von Sarajevo habe die Lunte an das Pulverfaß gelegt. Nach Ausbruch des Krieges Oesterreich-Ungarns gegen Serbien habe sich Berlin um die Lokalisierung, Petersburg um die Europäisierung des Konflikts bemüht. David legte dann die Lage am 30. und 31. Juli 1914 dar und zeigte, daß, als der direkte Weg der Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg die beste Aussicht auf Erfolg gewonnen und der zweite Vorschlag der vier anderen Großmächte, den Grey machte, dank der Einwirkung Berlins in Wien angenommen worden sei, die Petersburger Kriegspartei durch ihre militärischen Maßnahmen den Krieg herbeigeführt habe, denn sie sei der Gefolgschaft Englands und Frankreichs sicher gewesen. David widmete den Schluß seiner Rede der Widerlegung der in Paris geführten Legende vom Ueberfall, den Deutschland unternommen habe, und dem Nachweis, daß England der eigentliche Schuldige an dem Unglück Belgiens sei.

Das Comité nahm die Darlegungen Scheidemanns und Davids zur Kenntnis, erklärte aber, es halte es nicht für seine Aufgabe, derzeit zu den Darlegungen der einzelnen Delegationen Stellung zu nehmen. Die Verhandlung über die einzelnen Punkte des Fragebogens wird Montag beginnen.

## Die internationale Gewerkschaftskonferenz.

Heute begann eine internationale Gewerkschaftskonferenz, zu der angemeldet sind Vertreter aus Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Bulgarien. Die Konferenz bezweckt die Vorbesprechung über eine einheitliche Aktion der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zur Durchsetzung bestimmter Forderungen des internationalen Arbeiterschutzes im kommenden Friedensvertrag.

Es liegt ein Entwurf des Internationalen Sekretariats vor. Er stellt eine Durcharbeitung und Erweiterung der auf der Konferenz englischer und französischer Gewerkschaften in Leeds im Jahre 1916 gemachten dankenswerten Anregungen dar. Die Forderungen betreffen die grundsätzliche Anerkennung der internationalen Freizügigkeit der Arbeiter, die Sicherung von Koalitionsrecht, Arbeiterversicherung, Fabrikshygiene, Kinderschutz, Arbeiterinnenschutz, Heimarbeiterschutz und Arbeiterschutz im allgemeinen. Schließlich wird die Anerkennung des Internationalen Arbeitsamtes in Basel als offizieller zwischenstaatlicher Ueberwachungsbehörde für den Arbeiterschutz gefordert.

## Der serbische Delegierte.

Der serbische Genosse Mikitsch, Gemeinderat von Belgrad, teilte aus der Schweiz mit, daß er bald den Paß für die Reise nach Stockholm erwarte.